

- Herrn Staatssekretär Klaus JACOBI, EDA, 3003 Bern
 - Politische Abteilung I, EDA, 3003 Bern
 - Politische Abteilung III, EDA, 3003 Bern
- 331.0 sd - SPE/GA - Politisches Sekretariat, EDA, 3003 Bern

Eindrücke aus Litauen

In einem Schreiben Herrn Staatssekretär K. Jacobis vom 8. Juni 1990 wurde der Unterzeichnete mit einer Informationsreise ins Baltikum betraut.

Die Reise nach Litauen fand vom 14. bis 16. November statt.

Obwohl die Botschaft in mehreren Noten und der Unterzeichnete in einem persönlichen Gespräch mit dem "Vertreter der Republik Litauen in Moskau" darauf bestanden hatten, dass Gespräche mit sämtlichen politischen Kräften erwünscht seien, stellte sich in Vilnius heraus, dass das Protokoll des litauischen Aussenministeriums nur Termine mit "genehmen" Persönlichkeiten arrangiert hatte. Es bedurfte einigen Insistierens, um wenigstens die Telefonnummer eines prominenten Vertreters der "KPL auf der Plattform der KPdSU", der bedeutendsten "oppositionellen Kraft", zu erhalten. Das Protokoll weigerte sich, das Treffen selber zu organisieren.

Es konnten Gespräche mit folgenden Persönlichkeiten und Organisationen geführt werden:

- Ramutis-Alfredas Grižas (Stellvertretender Aussenminister)
- Algirdas Miškinis (Abteilungsleiter im AM)
- Bronislovas Juozas Kuzmickas (Vizepräsident des Obersten Rates der Republik Litauen)
- Kazimiera-Danutė Prunskienė (Ministerpräsidentin)
- Litauisch-schweizerische Freundschaftsgesellschaft, insbesondere mit deren Präsidenten Marcelijus Martinaitis
- Tautvydas Lideikis (Sąjūdis)
- Vladislavas Švedas alias Vladislav Nikolaevič Šved (2. Sekretär KPL/KPdSU)

1. Gespräch mit Frau K. Prunskiene

(Diese Begegnung war schon Inhalt eines politischen Berichtes (Nr. 47/90))

P. befand sich deutlich unter dem Eindruck der gescheiterten Verhandlungsrunde mit Ryžkov vom 10. November. P. betonte, nach der ersten Runde der "Konsultationen" mit der Sowjetregierung vom 2. Oktober seien vielversprechende Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Der sowjetische Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates V. Daguziev und der litauische Stellvertretende Premierminister R. Ozolas seien beauftragt worden, Arbeitsgruppen zu bilden, um die vielfältigen Probleme, die sich zwischen den "beiden souveränen Staaten" stellten, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Diese Probleme hätten namentlich die Stellung des sowjetischen Armeekontingentes in der "Republik Litauen" und die Ausarbeitung eines "Vertragsentwurfs für die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen für das Jahr 1991" umfasst.

Die Arbeitsgruppe, die sich mit den Wirtschaftsbeziehungen befasste, sei gut vorangekommen, und die litauische Seite habe der für den 10. November anberaumten "Konsultationsrunde" mit Zuversicht entgegengesehen. Ryžkov habe sich jedoch ein "starkes Stück" geleistet und eine vollständige Kehrtwendung vollzogen. Er habe sich geweigert, die Gespräche als "intergouvernementale Konsultationen" zu bezeichnen und den Abschluss eines Handelsvertrags für 1991 ultimativ davon abhängig gemacht, dass Litauen die Gültigkeit der sowjetischen Gesetzgebung auf seinem Territorium ohne Wenn und Aber anerkenne und seine Wirtschaft danach ausrichte. Dies betreffe Steuerfragen, die Ausarbeitung des Budgets für 1991, die Abführung von Deviseneinkünften an den Zentralstaat usw.

Die Volte-face Ryžkovs komme nicht nur einem krassen Wortbruch gleich, sie widerspreche auch in klarer Weise der sowjetischen Gesetzgebung. Schliesslich sei es der (sowjetische) Oberste Sowjet gewesen, der ein

"Gesetz über die wirtschaftliche Selbständigkeit Litauens" verabschiedet habe. Dieses Gesetz gewähre den litauischen Behörden freie Hand im gesamten Wirtschaftsbereich mit Ausnahme der Betriebe, die dem sowjetischen Verteidigungsministerium unterstehen.

P. hatte den Eindruck, Ryžkov führe sich auf wie vor der Anerkennung der Existenz der Geheimprotokolle des Molotov-Ribbentrop-Paktes. Grobe Drohungen hätten die Atmosphäre der Gespräche geprägt. Der sowjetische Vizepremier Masljukov habe erklärt: "Wenn die Litauer die Angehörigen der Sowjetarmee als Okkupanten bezeichnen, werden sie sich auch als solche verhalten." In dieser Situation sei der litauischen Delegation nichts anderes übriggeblieben, als die Konsultationen zu verlassen.

Laut P. ist das Abrücken der Sowjetunion von den bereits erarbeiteten bilateralen Handels- und Wirtschaftsabkommen als "wirtschaftliche Gewaltanwendung" zu bezeichnen, die eine sehr gefährliche Lage heraufbeschwöre.

Ryžkov sei offensichtlich gewillt, Litauen erneut einer Blockade auszusetzen. P. ist überzeugt, dass in diesem Falle das litauische Parlament eine "Gegenblockade" beschliessen werde. Man werde u.a. die sowjetischen Interessen in Kaliningrad (ehemaliges Königsberg) zu schädigen wissen und die Lieferung von Fleisch nach Moskau einstellen. Das litauische Fleisch mache einen Fünftel des Moskauer Bedarfes aus. Im Frühjahr habe man trotz der sowjetischen Blockade die Lieferverpflichtungen skrupulös eingehalten. Sie, P., habe diese Haltung im eigenen Land damit gerechtfertigt, man beliefere "nicht Ryžkov, sondern Popov". In der gegenwärtigen Situation könne sich Litauen eine solche Grosszügigkeit jedoch nicht mehr leisten.

P. setzt ihre Hoffnung auch auf die Oelarbeiter von Tjumen' (Sibirien). Man werde diesen Fleisch anbieten. Falls Moskau die Transaktion verhindere, komme es gewiss zu einem für die Sowjetunion verhängnisvollen Streik.

Auf eine Frage nach ihrer Einschätzung des neuen Unionsvertrags reagierte P. mit Hohn. Der Entwurf, den sie habe einsehen können, sei das

Papier nicht wert, auf dem er geschrieben sei. Das ganze Gerede über einen "Bund souveräner Staaten" habe sich als leeres Geschwätz entpuppt. Sämtliche wichtigen Bereiche staatlicher Tätigkeit verblieben wie bis anhin in der Zuständigkeit des "Zentrums". P. war kategorisch: Litauen werde dieses Dokument nie und nimmer unterzeichnen.

Sie habe den Unionsvertrag am Vortag in Moskau mit Popov (Bürgermeister Moskaus) und Javlinskij (Stellvertretendem Ministerpräsidenten Russlands) besprochen. Man sei dabei zu einem vernichtenden Urteil über Ryžkov gekommen. Popov habe die eingängige Formel geprägt "die unergründlichen Tiefen der Ryžkov'schen Sonderbarkeit".

Die Lage in der Sowjetunion bezeichnete P. als "grosses Drama". Gegenwärtig bereite die alte Parteimafia die Uebernahme des gesamten Reichtums des Landes unter dem Deckmantel der Schlagworte "Uebergang zur Marktwirtschaft" und "Privatisierung" vor. Es würden Aktiengesellschaften gegründet, deren Aktien in den Besitz der Parteinomenklatura oder der "Mafia der Akademie der Wissenschaften" gelange. Aus "Partei-bonzen" würden aber selbstverständlich nie richtige Unternehmer. Ryžkov verbleibe nur deshalb auf seinem Posten, um den "Raub sämtlichen Staatseigentums durch die Nomenklatura zu vollenden".

P. äusserte sich auch kurz zu den Prioritäten litauischer Aussenpolitik. Es gelte in erster Linie, nach dem Vorbild der Ereignisse in und um Deutschland die Folgen des 2. Weltkrieges endgültig zu überwinden. Die Sowjetunion sei nicht fähig, die baltische Frage im Sinne der deutschen Lösung zu regeln. Die internationale Gemeinschaft müsse ihr dabei behilflich sein. P. verwendete dabei die Formel, es gelte 4+1+3-Gespräche zu führen (USA, England, Frankreich, Deutschland, plus UdSSR, plus baltische Staaten). Deutschland könne und wolle sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Kanzler Kohl, mit dem sie zweimal gesprochen habe, sei sich der deutschen Mitschuld an der Tragödie des Baltikums durchaus bewusst.

P. äusserte abschliessend den Wunsch, die Schweiz möchte mit ihrer moralischen Autorität das ihre zur Lösung dieses Problems beitragen.

2. Gespräch im Aussenministerium

(Vizeausserminister Grižas, begleitet von Abteilungsleiter Miškinis)

Die litauische Aussenpolitik ist laut Grizas hauptsächlich darauf ausgerichtet, einerseits die Beziehungen mit Skandinavien und den osteuropäischen Nachbarn so eng wie möglich zu gestalten. Andererseits will man so bald wie möglich am Helsinki-Prozess teilnehmen. Litauen unterhält in Oslo ein "Interessenbüro" und hat mit Stockholm ein Protokoll über die Eröffnung eines solchen unterzeichnet. Auch in der Tschechoslowakei stehe die Einrichtung eines solchen Büros unmittelbar bevor. Mit Ungarn hat man sich auf die Einrichtung "diplomatischer Missionen" geeinigt. Es bleibe allerdings festzulegen, "auf welchem Niveau". Kontakte bestünden auch zu Dänemark und dem Nordischen Rat.

Mit Polen sei die Entwicklung aus "unerfindlichen Gründen" noch nicht so weit gediehen.

Litauen unterhält laut G. ausserdem eine "Vertretung" in Estland und die Eröffnung einer zweiten in Lettland steht unmittelbar bevor. In Vilnius selber bestehen bereits Vertretungen Estlands und Lettlands.

G. betonte die Bedeutung, die Litauen einer Teilnahme am "Helsinki 2-Prozess" beimesse. Man hoffe auf skandinavische Unterstützung, um schon in Paris (das Gespräch fand am Vorabend dieses Treffens statt) als Beobachter dabeisein zu können.

Das Ziel sei die "Rückkehr nach Europa". Die Gorbačëv'sche Idee des "gemeinsamen Hauses Europa" verdiene volle Unterstützung. Nur könnten die drei baltischen Staaten nicht im "Keller" dieses Hauses verbleiben. Die Unabhängigkeitserklärung Litauens vom 11. März 1990 sei ein "historischer Akt" und als solcher "absolut unumkehrbar". Die darauffolgenden Wahlen, die völlig frei und mit mehreren Parteien durchgeführt worden seien, hätten den Kräften, die die Unabhängigkeit befürworteten, eine überwältigende Mehrheit eingetragen. Es gelte nun, die "unvermeidliche völlige Unabhängigkeit von der UdSSR" in einem äus-

erst schwierigen Prozess allmählich zu verwirklichen.

G. betonte, die Beziehungen zwischen Litauen und der Schweiz seien vor dem Krieg insbesondere im Bereich der Kultur und der Bildung vorbildlich gewesen. Es gelte, ohne Illusionen das Ziel der Wiederherstellung dieser Beziehungen anzustreben.

Litauen sei an jeder Form von Kontakten interessiert. Man könnte sich z.B. auch die Einrichtung eines "Interessenbüros" vorstellen.

Auf die Beziehungen zur UdSSR angesprochen, betonte G., man wolle mit dem "östlichen Nachbarn" auf allen Gebieten eng zusammenarbeiten. Man versuche nach Möglichkeit, die "demokratischen Prozesse" in der UdSSR und in Russland zu unterstützen.

Konzessionen hinsichtlich der litauischen Unabhängigkeit könnten aber keine gemacht werden. Der Zufall des "russischen Imperiums" trage "gesetzmässigen Charakter" und sei nicht aufzuhalten. Laut G. ist die Behauptung, die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Republiken destabilisierten die Sowjetunion "dummes Geschwätz". Im Gegenteil, die beste Garantie für die Stabilität der Sowjetunion sei die Wiederherstellung der baltischen Unabhängigkeit. Litauen, Lettland und Estland seien infolge ihrer Geschichte nicht mit den übrigen Sowjetrepubliken zu vergleichen.

Laut G. widerspricht das sowjetische "Gesetz über den Austritt aus der UdSSR" der geltenden sowjetischen Verfassung, die in Artikel 72 jeder Republik das Recht einräume, die Union zu verlassen. Das sowjetische Gesetz sei im übrigen erst nach dem 11. März erlassen und rückwirkend in Kraft gesetzt worden. Das Argument der sowjetischen Behörden, die genannte Verfassungsnorm hätte einen Mechanismus bedurft, um verwirklicht zu werden, lässt G. nicht gelten. Das erwähnte Gesetz sei im übrigen geradezu ein "Mechanismus zur Verhinderung des Austritts".

Miškinis bemerkte abschliessend, Litauen sei ökonomisch zu 89% von der UdSSR abhängig. Man bemühe sich, die Beziehungen zu diversifizieren. Ein solcher Prozess sei mit Skandinavien und mit Ungarn bereits in

Gang gekommen.

M. betonte, man möchte mit der Schweiz "Arbeitsgruppen" im Hinblick auf eine Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich austauschen.

3. Litauisch-schweizerische Freundschaftsgesellschaft, Universität Vilnius

Der Präsident der Gesellschaft, Lithuanistikprofessor Marcelijus Martinaitis, erläuterte, dass diese im Juni 1989 "wiederhergestellt" worden sei, nachdem sie unter "sowjetischer Okkupation" nicht weiterexistieren können. Es sei das Ziel der Gesellschaft, die "rein humanitären und kulturellen Charakter" trage, die guten Beziehungen, die zwischen den beiden Ländern namentlich im 2. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts bestanden hätten, wiederzubeleben.

Die Freundschaftsgesellschaft plant für 1991 mehrere Veranstaltungen zur 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft. Man hofft dabei auf die Unterstützung insbesondere der Botschaft in Moskau.

Ein Anliegen Professor Martinaitis' wäre die Sichtung des lithuanistischen Nachlasses eines gewissen Max? Niedermann (Neuenburg?). Ein einmonatiges Stipendium für einen litauischen Lithuanisten wäre hochwillkommen.

4. Vizepräsident B.J. Kuzmickas

K. bezeichnet den 11. März 1990 als Datum der "unwiderruflichen Wiederherstellung der litauischen Unabhängigkeit". Es gehe jetzt darum, die gesetzlichen Grundlagen für diese Unabhängigkeit in Wirtschaft, Sozialwesen, Erziehungswesen usw. zu schaffen. Litauen dotiere sich

systematisch mit den "Attributen der Eigenstaatlichkeit" (Ministerien, Departemente etc.) und strebe nach der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit anderen Staaten, insbesondere in Westeuropa.

K. gilt als Spezialist für Nationalitätenfragen. Ich befragte ihn deshalb nach der Stellung der Nichtlitauer im Lande. K. betonte, Litauen sei mit immerhin noch 80% ethnischen Litauern gegenüber den anderen baltischen Staaten in einer Vorzugsstellung. Die 20% Nichtlitauer teilten sich auf in 9% Russen und 7 1/2% Polen. Ausserdem gebe es eine kleine weissrussische Minderheit. K. macht einen grossen Unterschied zwischen den Russen und den Polen. Die Russen seien als Immigranten, "ökonomische Wanderer" zu betrachten, die mit der Einführung des "Sozialismus" und der Besetzung durch die Rote Armee (deren Angehörige fast ausschliesslich aus Russen beständen) ins Land gekommen seien.

Bei den Polen in Südostlitauen (Gebiet um die Hauptstadt Vilnius) handle es sich hingegen um "Autochthone", d.h. polonisierte ehemalige Litauer. K. zeichnete ein idyllisches Bild der Situation dieser ethnischen Minderheiten. Russen und Polen verfügten über eigene Schulen und Zeitungen. Die Polen unterhielten enge Kontakte mit Warschau. Die Behandlung der Polen in Litauen sei ungleich besser als etwa in der Ukraine und Weissrussland. Laut K. sind die meisten litauischen Polen Mitglieder der "KPL auf der Plattform der KPdSU". Sie würden von sowjetischen Konservativen für deren Zwecke missbraucht. Die Bestrebungen der Polen, im Wilnaer Gebiet eine "souveräne Republik" einzurichten, würden von Moskau ferngesteuert. Es handle sich um dasselbe Phänomen wie etwa in Moldawien. Auf meine Frage, ob nicht doch die ethnischen Minderheiten durch die nationalistischen Aufwallungen in Litauen zutiefst verunsichert seien und sich deshalb der einzigen Partei zuwendeten, die ihre Interessen verteidige, gab K. zu, dass man Südostlitauen in wirtschaftlicher Hinsicht mehr Aufmerksamkeit schenken müsse. Die Rückständigkeit dieses Gebietes habe aber historische Wurzeln. Vor dem Krieg habe das Wilnaer Gebiet während 90 Jahren zu Polen gehört, wo es im Gegensatz zu Litauen nie eine Agrarreform gegeben habe.

Was die Haltung der "Russen" anbetrifft, behauptete K., die "einfachen Leute" seien keinesfalls gegen die Unabhängigkeit Litauens. Die Gegner rekrutierten sich fast ausschliesslich aus den Reihen der russischen Soldaten und Offiziere. Im grossen und ganzen verstünden die Russen gar nicht, was in Litauen vorgehe.

K. regte schliesslich Kontakte zwischen dem litauischen Obersten Rat und dem schweizerischen Parlament an.

5. Dr. Tautvydas Lideikis (L.) (Sajudis)

L. stellte für Litauen ein "Abflauen der politischen Aktivität" fest, das auch Sajudis betreffe. Innerhalb Sajudis sei eine Diskussion im Gang über die Zukunft der Bewegung. Die einen wollten, dass Sajudis eine Parteikoalition anführe. Andere möchten aus der Bewegung eine reguläre Partei machen, während eine dritte Gruppierung Sajudis als "überparteiliche, breite Volksbewegung" erhalten möchte. Diese dritte Variante werde sich wahrscheinlich durchsetzen. Auf jeden Fall werde die Bewegung nicht darum herumkommen, ihren "ideologischen Hintergrund" klarer zu definieren.

Auf die "Verquickung" von Sajudismitgliedern bzw. -sympathisanten mit der neuen Machtelite angesprochen, betonte L., sämtliche Regierungsmitglieder seien aus der Organisation ausgetreten.

Die Lage in Litauen bezeichnete L. als "explosiv". Die schlechte Wirtschaftslage mache die Leute "nervös". L. befürchtet Gewaltanwendung gegen die "Besatzungsmacht", wenn sich die Beziehungen zu Moskau weiterhin so ungünstig entwickelten. L. hob aber gleichzeitig hervor, dass keine der litauischen Parteien Gewaltanwendung befürworte. Sogar die "radikale litauische Freiheitsliga" distanzieren sich von derartigen Methoden.

Laut L. strebt Sajudis für das unabhängige Litauen "enge Beziehungen, insbesondere wirtschaftlicher Art, mit Russland an".

Im Westen gebe man sich der Illusion hin, Russland werde demokratisch. L. bezeichnet dies als "baren Unsinn". Sobald Russland wiedererstarke, würden die chauvinistischen Tendenzen erneut obsiegen. Die Russen würden die Desintegration ihres Imperiums niemals hinnehmen. Der "russische Koloss" könnte allenfalls "neutralisiert" werden, wenn sich die Ukraine abspaltete.

Zur Situation der ethnischen Minderheiten bemerkte auch L., die Polen müssten im Gegensatz zu den Russen als "Einheimische" betrachtet werden. Sajudis habe im übrigen bei den jüngsten Wahlen zum Sejmas (= Parlament) in Vilnius auch polnische Kandidaten unterstützt. Andererseits seien unter den Polen viele "einfache Leute", die eine leichte Beute für die sowjetische Propaganda abgäben. Die Idee einer von gewissen Kreisen angestrebten "Polnische Sowjetrepublik" werde aber nicht einmal von Warschau unterstützt.

6. Vladislav Nikolaevič Šved (alias Vladislavas Švedas), KPL (KPdSU)

Šved (S.) ist slawischer (gemischt polnisch-russischer) Herkunft, spricht aber fließend litauisch. Von allen Gesprächspartnern war Š. aus naheliegenden Gründen der einzige, der eine politische Profikarriere hinter sich hat. Er wirkte denn auch sehr viel weniger chaotisch und improvisiert als die durch ihre Sajudis-Mitgliedschaft in höchste Staats- und Parlamentsämter katapultierten "Amateure".

Šved zeichnete ein düsteres Bild der Lage in der Republik.

Im politischen Bereich stellt Š. fest, dass kein ausländischer Staat die Unabhängigkeit Litauens anerkannt habe. Die Hoffnung der "Sajudisten" auf westliche Hilfe habe sich nicht erfüllt. Die bourgeoise Führung des Landes setze jetzt auf die "russische Karte" und versuche, die russische Republikführung gegen die Union auszuspielen.

Im wirtschaftlichen Bereich verschärft sich laut S. die Krise laufend. Das Regierungsprogramm, das eine weitgehende "Privatisierung" vorsehe, werde von allen Seiten scharf angegriffen, da es 5% der Bevölkerung ermöglichen würde, 90% des Eigentums der Republik in die Hände zu bekommen.

Auf sozialem Gebiet würden die Sorgen der "einfachen Leute" vernachlässigt, und die früheren Privilegien seien einfach auf einen "anderen Personenkreis" übergegangen.

Laut Š. ist es auch mit der Demokratie und der "glasnost'" sehr schlecht bestellt. Die heutigen Machthaber bauten einen "totalitären bourgoisen Staat" auf.

Š. zitiert die Aussage eines ehemaligen Gründungsmitgliedes von Sajudis, V. Petkevičjus. Der bekannte Schriftsteller habe gesagt: "Jeder,

der den Ameisenhaufen von Landsbergis kritisiert, wird zum Volksfeind gestempelt. ... Seit zwei Jahren bekämpfen wir den Stalinismus mit den Methoden Berias."

Š. beschuldigt die Regierung und den "Obersten Rat", systematisch die Schaffung eines "staatlich-rechtlichen Mechanismus zur Unterdrückung Andersdenkender" zu schaffen.

In der Tat gibt es in diesem Bereich extreme Erscheinungen, wie etwa ein kürzlich verabschiedetes Gesetz, das die alleinige Zugehörigkeit zu einer "ausländischen Organisation" unter Todesstrafe stellt.

Š. geißelt auch die Anwendung "politischer und sozio-ökonomischer Mittel" zur Disziplinierung Andersdenkender. Tatsächlich haben sich die litauischen Behörden sehr subtile Methoden ausgedacht, um etwa "renitente Russen" zur Räson zu bringen. So wird etwa verkündet, die Annahme der "Identitätskarte für litauische Bürger" sei nicht obligatorisch. Die Abgabe von vielen Waren und die medizinische Versorgung sind aber an die Vorweisung dieser Karte gebunden. Die Russen haben deshalb die "Wahl": Wenn sie an ihrer sowjetischen Staatsbürgerschaft festhalten, bekommen sie nichts zu essen und keine medizinische Versorgung.

Š. weist auch auf die allgemeine "antirussische" Stimmungsmache hin. Entgegen anderslautenden Beteuerungen der Behörden würden u.a. systematisch russische Strassenschilder und Aufschriften entfernt.

Der litauische Kommunistenführer befürchtet eine "Terrorwelle", die sich gegen die russisch- und polnischsprachige Bevölkerung richten würde. Aufrufe zu einem "heiligen Krieg" gegen "Kommunisten, Russen und die Sowjetunion" würden immer häufiger.

Schlussbemerkungen

Die "Einheimischen" treten zwar nach wie vor wie ein Mann für die litauische Unabhängigkeit ein. Nach den unsäglichen Leiden unter sowjetischer Herrschaft ist dieses Gefühl nur zu verständlich.

Andererseits ist aber die euphorische Stimmung, die nach dem 11. März 1990 (Unabhängigkeitserklärung) herrschte, einer ausgesprochenen Ernüchterung gewichen. Man sieht sich vor schier unüberwindlichen Schwierigkeiten insbesondere im Wirtschaftsbereich. Immer breitere Kreise werden sich bewusst, dass diese Krise durch "Meetings" und Deklarationen nicht bewältigt werden kann. Vielfach wird auch die Frage gestellt, ob die führenden Politiker als ausgesprochene "Amateure" wirklich befähigt seien, das Land aus der Sackgasse zu führen.

Das Gefühl der Enttäuschung (etwa über die fehlende westliche Unterstützung) und der Ohnmacht angesichts der Haltung Moskaus führt nicht zu einem Schulterchluss, sondern zu einem "Hickhack" innerhalb der neuen "Machtelite". Präsident Landsbergis kritisiert Frau Prunskiene und umgekehrt. Der "Oberste Rat" verstrickt sich in fruchtlosen, gehässigen Diskussionen.

In dieser Situation scheinen die Bemühungen um Anerkennung durch das Ausland eher etwas in den Hintergrund zu rücken. Dem Unterzeichnenden gegenüber wurde das Thema einer "Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit durch die Schweiz" nie direkt angesprochen. Auch der von den verschiedenen Gesprächspartnern geäußerte Wunsch nach einem "Austausch von Arbeitsgruppen" trug eher Routinecharakter.

Offensichtlich hat gegenwärtig die Sorge angesichts der befürchteten Verhängung einer neuen Blockade durch Moskau absolute Priorität (vgl. das Gespräch mit Frau Prunskiene).

S. Speck